Antrag V05: UMFASSENDE AUFKLÄRUNG FÜR UNSERE NEUN ENGEL: FORDERUNG NACH EINEM UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS IM BAYERISCHEN LANDTAG ZUM ANSCHLAG AM OEZ AM 22. JULI 2016

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	GRÜNE JUGEND München
Status:	angenommen
Verfahrensvorschlag:	Abstimmung
Antragsgruppe :	V - Verschiedene Anträge

Die Mitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern soll beschließen:

Die GRÜNE JUGEND Bayern unterstützt nachdrücklich die Forderungen der Initiative „München OEZ erinnern“, die eine umfassende Aufklärung des rassistischen Anschlags am Münchner OEZ am 22. Juli 2016 mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag fordern. Sie wird sich auf Landesebene dafür einsetzen und sich mit den JuSos Bayern diesbezüglich abstimmen, um den Druck auf die Fraktionen „Bündnis 90/Die Grünen“ und „SPD“ im Bayerischen Landtag zu erhöhen.

Die Namen der Opfer dieses rechtsextremen und rassistischen Anschlags sind:

Armela. Can. Dijamant. Guiliano. Hüseyin. Roberto. Sevda. Selçuk. Sabine.

Niemals vergessen.

Am 22. Juli 2016 schoss ein 18-jähriger Attentäter, der in rechtsextremen Chatgruppen aktiv war und sich bewusst den Jahrestag des rechtsextremen Anschlags in Oslo und Utøya ausgesucht hatte, gezielt am Münchner Olympia-Einkaufszentrum auf migrantische Menschen. Er tötete an diesem Tag neun Menschen und verletzte fünf Menschen schwer. Neun Menschen wurden viel zu früh aus ihrem Leben gerissen. Familien haben ihre Liebsten verloren.

Die Tat wurde zuerst jahrelang als Amoklauf eingestuft, obwohl schon früh deutliche Anhaltspunkte für ein rechtsextremes Motiv vorlagen. Erst nach drei Jahren und drei Monaten änderte das LKA die Einstufung ab. Die Tat wurde als „politisch motivierte Gewalt rechts“ eingestuft, ohne jedoch die Tat im entsprechenden Jahresbericht von 2016 nachzutragen.

In der Tatnacht berichteten viele Angehörige davon, dass sie von der Polizei nach dem Anschlag verdächtigt und stigmatisiert wurden. Hier ist Aufarbeitung und Sensibilisierung notwendig. Außerdem muss geprüft werden, inwieweit die Ergänzung der polizeilichen Ausbildung mit Antidiskriminierungsschulungen erneute Stigmatisierung

von Opfern verhindern könnte.

Außerdem möchten wir uns den offenen Fragen der Angehörigen anschließen, die diese in einer Kampagne zum zehnten Jahrestag des Anschlags zum Ausdruck gebracht haben.

Polizei und Ermittlungsbehörden haben infolge des Anschlags am OEZ massiv Vertrauen verspielt. Sie müssen sich ernsthaft bemühen, verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen.

Offen bleibt auch, wie Strukturen im Gesundheitssystem eine Radikalisierung und Gefährlichkeit des Täters früher wahrnehmen hätten können und welche Lehren daraus vielleicht für die Zukunft gezogen werden sollten. Außerdem war der Täter mit einem späteren Attentäter in New Mexico, USA, in derselben rechtsextremen Steamgruppe aktiv. Von dieser Verbindung wussten deutsche Behörden, jedoch tauschten sich BKA und LKA unzureichend untereinander aus und übermittelten die Daten nicht in die USA. Vermutlich hätte mit einer konsequenteren Warnung der amerikanischen Behörden das Attentat in New Mexico verhindert werden können.

Der zentrale Grund für uns als GRÜNE JUGEND Bayern für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss ist Folgender:

Dem Staat ist es nicht gelungen, die Opfer dieses Attentats zu schützen. Die Angehörigen der Opfer wurden nach der Tat stigmatisiert, teilweise erneut verdächtigt, im Unklaren gelassen. Die Einstufung der Tat als gesichert rechtsextrem kam sehr spät und es sind noch einige Fragen offen. Der Freistaat Bayern hat sein Schutzversprechen nicht halten können, und ist deshalb den Angehörigen maximale Aufklärung schuldig.

Begründung

erfolgt mündlich.